



Kassel, 23. September 2022 | Ausgabe Nr. 113

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

Mit mittlerweile drei Entlastungspaketen in Höhe von fast 100 Milliarden Euro unterstützen wir gezielt kleine und mittlere Einkommen durch steuerliche Maßnahmen, Direkt- und Einmalzahlungen. Dabei nehmen wir Rentner*innen, Auszubildende und Studierende sowie Kinder gleichermaßen in den Blick. In dieser Woche haben wir auch die parlamentarischen Beratungen zum Inflationsausgleichsgesetz begonnen, mit dem wir über Veränderungen beim Einkommensteuertarif die Belastungen der Bürger*innen weiter abfedern wollen. Außerdem erhöhen wir den Kindergrundfreibetrag und das Kindergeld. Ab Oktober gilt außerdem der Mindestlohn von 12 Euro!

Bezahlbare Energie

Zugleich sorgen wir dafür, dass Strom trotz eines überhitzten Strommarktes bezahlbar bleibt. Gemeinsam mit der EU wollen wir Zufallsgewinne von Energieunternehmen abschöpfen und der Gesellschaft zurückgeben, um damit eine Strompreisbremse zu finanzieren.

Darüber hinaus haben wir eine Kommission eingesetzt, die noch im Oktober einen Vorschlag für ein Preisdämpfungsmodell bei Wärme machen wird. Wir werden auch weiterhin die hohen Energiepreise abfedern müssen – die eine direkte Folge des russischen völ-

kerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind. Wir werden die Krise aber nur dann bewältigen, wenn wir unabhängig sind von russischer und fossiler Energie. Die Bundesregierung hat deshalb in den vergangenen Monaten entscheidende Weichen gestellt, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen. Wir haben unsere Bezugsquellen diversi-

Verbraucher*innen und Unternehmen gut durch den Winter kommen.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Parallel treiben wir den maximalen Ausbau der Erneuerbaren Energien voran. Die Bundesregierung hat bereits entscheidende Maßnahmen auf den Weg gebracht und vieles angepackt, was uns in 16 Jahren unter unionsgeführ-

ter Bundesregierung nicht gelungen ist. Gemeinsam mit den Bundesländern und im Einklang mit dem Natur- und Artenschutz beschleunigen wir die



Meine Rede im Bundestag zum Koalitionsantrag „Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften“

fiziert, neue Energiepartnerschaften – unter anderem mit den Ostsee-Anrainerstaaten – geschlossen und den Bau von LNG-Terminals vorangetrieben.

Zugleich haben wir ein Gas-Embargo gegen Russland immer abgelehnt. Eine kluge Entscheidung, wie sich heute herausstellt: Denn nur so ist es uns gelungen, in den vergangenen Monaten unsere Gasspeicher zu füllen, damit

nigen wir die Planung und Genehmigung neuer Windkraftanlagen auf See und Land. Wir stellen darüber hinaus mehr Fläche für Solarenergie auf dem Dach und auf Freiflächen bereit und fördern die Nutzung von Biomasse, Wasserkraft und Geothermie.

Euer



Entlastungen für Bürger*innen und Unternehmen

Wir entlasten unkompliziert, schnell und zielgenau

Fast 100 Milliarden Euro – die Bundesregierung nimmt viel Geld in die Hand, um die Folgen der hohen Energiepreise für Menschen und Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen, Direkt- und Einmalzahlungen abzufedern. Mit nunmehr drei Entlastungspaketen sorgen wir dafür, dass das Geld zügig und unkompliziert dort ankommt, wo es gebraucht wird: bei geringverdienenden und Familien, bei Studierenden und Rentner*innen. All das zeigt: Die Bundesregierung lässt niemanden allein. Der Staat nimmt die Sorgen der Bürger*innen und Unternehmen ernst. Gemeinsam mit den Ländern beraten wir nun über die Finanzierung der Maßnahmen.

Hilfe in Notlagen für Studierende und Schüler*innen

Wir ziehen Konsequenzen aus der Corona-Pandemie und machen das BAföG krisenfest. Dafür haben wir in dieser Woche den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum 28. BAföG-Änderungsgesetz in 2./3. Lesung beschlossen.

Künftig kann ein sogenannter Nothilfemechanismus aktiviert werden, um das BAföG für eine befristete Zeit deutlich zu öffnen, wenn der studentische Arbeitsmarkt einbricht. Studierende sowie Schüler*innen, die bislang kein BAföG beziehen, können dann eine Förderung erhalten – auch dann, wenn sie die Altersgrenze oder Förderhöchstdauer überschritten haben. Bedingung ist, dass sie grundsätzlich BAföG-Anspruch haben und nachweisen können, dass sie ihren Nebenjob durch die Krise verloren haben. Wer diesen Nachweis nicht erbringen kann, aber trotzdem in Not ist, hat Anspruch auf ein zinsloses Vollkredit.

Der Mechanismus ist Teil eines umfassenden Reformpakets: Die Freibeträge für das Elterneinkommen haben wir bereits erhöht, damit deutlich mehr Menschen BAföG erhalten. Der Förderhöchstbetrag ist auf 934 Euro gestiegen, indem wir die Bedarfssätze sowie den Kinderbetreuungs- und Wohnzuschlag angehoben haben. Künftig wollen wir strukturelle Verbesserungen beim BAföG erreichen, etwa den Kreditanteil senken, einen Fachrichtungswechsel ermöglichen und die Förderhöchstdauer anpassen.

Verbraucher*innen und Unternehmen steuerlich entlasten

Um die mit der kalten Progression verbundenen schleichen Steuererhöhungen zu dämpfen, soll das Inflationsausgleichsgesetz den anhaltenden Preissteigerungen etwas entgegensetzen. Die entsprechenden Belastungen der Bürger*innen sollen abgefedert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Der Entwurf sieht vor, die Effekte der kalten Progression durch die Anpassung des Einkommensteuertarifs für 2023 und 2024 auszugleichen. Außerdem werden Familien steuerlich gezielt unterstützt, etwa durch die Anhebung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags sowie durch eine Erhöhung des Kindergeldes für das erste, zweite und dritte Kind auf einheitlich 237 Euro pro Monat. Das Entlastungsvolumen beläuft sich in 2023 auf insgesamt mehr als 12 Milliarden Euro und steigt 2024 auf 18 Milliarden Euro an.

Die Entlastungen sollen ab dem 1. Januar 2023 wirken. Für den vorliegenden Entwurf des Inflationsausgleichsgesetzes wurden dabei die bereits jetzt vorliegenden Daten als Berechnungsgrundlage verwendet. Die genauen Werte werden sich erst später anhand der Berichte zum Existenzminimum und zur Steuerprogression ergeben, die im Oktober vorgelegt werden. Etwaige Anpassungen am Gesetzentwurf müssten dann im weiteren parlamentarischen Verfahren erfolgen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Meine Rede im Bundestag

[... zu den erneuerbaren Energien, die Energiesicherheit in Europa bringen können.](#)

Fortsetzung: Entlastungen für Bürger*innen und Unternehmen

Ermäßigter Umsatzsteuersatz in Gastronomie gilt weiter

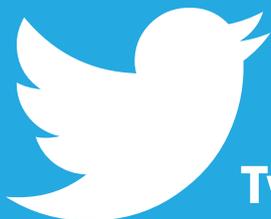
Bei den Beratungen des Achten Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen haben wir als Koalitionsfraktionen steuerliche Entlastungen für die Wirtschaft auf den Weg gebracht.

Um den gastronomischen Betrieben über die Krise hinwegzuhelfen, wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Dies erleichtert der Gastronomie die Fortführung ihrer Betriebe nach den Beschränkungen der Corona-Krise.

Um kleine und mittelständische Brauereibetriebe zu unterstützen, wird die befristet eingeführte Biersteuermengensstaffel dauerhaft beibehalten. Dadurch gelten für mittelständige Brauereien ermäßigte Biersteuersätze. Von der

Maßnahme profitieren etwa 1.460 Brauereien. Das den Ländern zustehende Biersteueraufkommen reduziert sich dadurch voraussichtlich um circa 6,9 Mio. Euro pro Jahr.

Um die Handlungsfähigkeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bei der Umsetzung der Hilfsprogramme der Bundesregierung auch in Stresssituationen abzusichern, werden deren Refinanzierungsmöglichkeiten gestärkt. Dazu wird der zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie errichtete Wirtschaftsstabilisierungsfonds befugt, der KfW Darlehen bis zur Höhe von 100 Mrd. Euro zur Refinanzierung ihrer Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen der Energiewirtschaft zu gewähren. Diese bestehen u.a. in der Gewährung von Kreditlinien für Unternehmen zur Sicherung ihrer Liquidität, auf den derzeit besonders volatilen Energiemärkten. Den Entwurf der Bundesregierung berieten wir in dieser Woche in 2./3. Lesung.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorhalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels

 fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)

Energiekosten und -versorgung I

Senkung der Umsatzsteuer bei Gas

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Energiepreise stark ansteigen lassen. Um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen, berät die Bundesregierung aktuell über die Einführung einer Gasumlage. Ziel der Umlage ist, die erhöhten Ersatzbeschaffungskosten für Gasunternehmen abzufedern und die Kosten gleichmäßig auf alle Gaskund*innen zu verteilen. Im Umkehrschluss bedeutet die Umlage aber auch höhere Preise für die Verbraucher*innen und Unternehmen.

Deshalb haben wir als Koalition in dieser Woche einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, um die Umsatzsteuer auf Gaslieferungen von 19 auf sieben Prozent zu senken. Die Unternehmen sind dazu angehalten, die Steuersenkung in vollem Umfang an die Verbraucher*innen weiterzugeben. Die Senkung gilt so lange, wie die Gasumlage erhoben wird.

Meine Rede im Bundestag
[zur „Aktuellen Stunde mit der Frage nach einem Ausstiegsweg für russische Öl- und Gasimporte“](#)



Energiekosten und -versorgung II

Faire Aufteilung der CO2-Kosten beim Heizen kommt

Seit 2021 wird beim Heizen mit Öl und Erdgas eine zusätzliche CO₂-Abgabe erhoben. Bisher mussten Mieter*innen diese Kosten alleine tragen, künftig werden nun auch Vermieter*innen stärker beteiligt. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

Je nach energetischem Zustand des Mietshauses werden die Kosten abgestuft entsprechend dem Kohlendioxidaustritt des Gebäudes pro Quadratmeter Wohnfläche verteilt. D.h. in dem Stufenmodell gilt: Je schlechter der energetische Zustand eines Gebäudes, desto höher ist der Kosten-

anteil für Vermieter*innen. So soll auf Vermieter*innenseite ein Anreiz zu Investitionen in klimaschonende Heizungssysteme und energetische Sanierungen gesetzt werden – auf Seite der Mieter*innen ein Anreiz zu energieeffizientem Verhalten. Bei Nichtwohngebäuden soll zunächst eine hälftige Teilung der Kohlendioxidkosten eingeführt werden.

Die Regelungen sollen unbefristet gelten, spätestens zum Ablauf der Festpreisphase des Brennstoffemissionshandlungsgesetzes (BEHG) Ende 2025 um ein Stufenmodell für Nichtwohngebäude ergänzt und bis zum 30. September 2026 evaluiert werden.



Bürgergeld

Wir packen die größte Sozialreform seit 20 Jahren an!

Das neue Bürgergeld ist ein Paradigmenwechsel in unserem Sozialstaat: Wir setzen auf Respekt, Vertrauen und Kooperation zwischen Arbeitssuchenden und Jobcentern. Deshalb bleiben etwa in den ersten zwei Jahren Wohnung und Vermögen unangetastet. Wir sorgen dafür, dass der Regelsatz auf 502 Euro steigt und künftig früher an die Inflation angepasst wird. Zudem gibt es ein monatliches Weiterbildungsgeld von 150 Euro.

Wer einen Nebenjob hat, profitiert von höheren Freibeträgen – bei Schüler*innen und Azubis sind es 520 Euro, wobei Einkünfte aus Ferienjobs nicht angerechnet werden. Bei Menschen ohne Abschluss steht künftig die Ausbildung im Vordergrund, nicht die Vermittlung in Aushilfsjobs. Kurzum: Wir sichern Menschen, die Arbeit suchen, ab und helfen ihnen dabei, ihre Potenziale zu entwickeln und neue Chancen zu ergreifen.

Mehr Sicherheit und mehr Respekt vor Lebensleistung

- ☛ Wer Hilfe braucht, soll keine Angst haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren: Eine zweijährige Karenzzeit bei Wohnkosten und nicht erheblichen Vermögen schützt davor.
- ☛ Wir erhöhen den Freibetrag für Einkommen aus Schüler:innen- und Studi-Jobs sowie Azubi-Gehalt.

Neues Miteinander und neues Vertrauen

- ☛ Vermittlung auf Augenhöhe: 6 Monate Vertrauenszeit ohne Sanktionen für Pflichtverletzungen sowie gemeinsam entwickelter Kooperationsplan als „roter Faden“ zur Vermittlung werden eingeführt.
- ☛ Ganzheitliche Betreuung und individuelles Coaching kommen als neue Regelinstrumente dazu.

Mehr Bürgerfreundlichkeit und weniger Bürokratie

- ☛ Keine Rückforderung von Kleinbeträgen (Bagatellgrenze) heißt weniger Bürokratie.
- ☛ Digitale Antragsstellung, Entwirrung von Sonderregelungen und einfachere Abmeldung bei Abwesenheit schaffen eine neue Bürgerfreundlichkeit.

Neue Chancen auf Arbeit durch Qualifizierung

- ☛ Langfristige Perspektiven: Zukünftig werden Aus- und Weiterbildung statt schneller Vermittlung in Aushilfsjobs gefördert.
- ☛ Finanzielle Anreize zur Weiterbildung (unter anderem durch monatliches Weiterbildungsgeld) werden geschaffen.

Neue Regelsätze auf Höhe der Zeit

- ☛ Es kommt eine deutliche Steigerung der Regelsätze! Es ist uns wichtig, damit einen existenzsichernden Inflationsausgleich für Empfänger:innen zu schaffen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- ☛ Durch die Erhöhung des Mindestlohns ab 1.10. wird das Lohnabstandsgebot beachtet. Arbeit wird sich auch weiterhin lohnen!

Ausbau der A49

Lebensfremde Planung, die dringend überarbeitet werden muss

Sowohl meine Kolleg*innen aus dem Hessischen Landtag Esther Kalveram und Florian Schneider als auch ich sind sehr überrascht über die gestern bekanntgewordenen Pläne der Autobahn GmbH hinsichtlich des Ausbaus der A49 im Raum Kassel. Und das nicht im Positiven. Denn die vorgestellten Pläne sind lebensfremd – sie müssen dringend überarbeitet werden!

Geplant ist, die A49 für 19 Monate zur Einbahnstraße zu machen und in Verbindung mit der A7 und A44 einen Kreisverkehr zu schaffen. Die Autobahngesellschaft geht davon aus, dass es nicht zu Schleichverkehr in den anliegenden Kasseler Stadtteilen und benachbarten Landkreiskommunen kommen wird. Diese Einschätzung halten wir jedoch für absolut an der Realität vorbei! Denn in Zeiten steigender Spritkosten werden z.B. Pendler*innen sicherlich nicht täglich bis zu 15 km lange Umwege fahren.

Wir sind enttäuscht von der Kommunikation der Kasseler-Niederlassung der Autobahn GmbH. Ganz besonders da bei einem Besuch von Esther Kalveram und mir vor sechs

Wochen kein Wort hinsichtlich dieser Interimsverkehrsführung fiel. Entweder die Entscheidung fiel kurzfristig oder wir wurden absichtlich unzureichend informiert.

Die Einbahnstraßenregelung birgt ein erhebliches Stau-Potenzial in sich. Was zum einen dazu führt, dass die Autofahrer*innen frustriert sind. Vielmehr jedoch sorgt die geplante Regelung für eine exorbitant erhöhte Lärmbelastung – sowohl entlang der Autobahn als auch in den umliegenden Kommunen.

Die Planer*innen haben sich jedoch gegen mehr Lärmschutz gestellt. Ihr Argument: Die A49 solle nicht ihren Charakter als Stadtautobahn verlieren. Das widerspricht jedoch ihrer eigenen Argumentation. Nämlich, dass mit dem Lückenschluss in Homberg-Ohm der Verkehr zunehmen werde.



SANIERUNG DER A49

Einbahnstraße und Stau?

**Lebensfremde Planung, die
dringend überarbeitet
werden muss!**

Wir vermuten: Der Lückenschluss bei Homberg-Ohm ist nicht der einzige Grund dafür, warum zeitlich jetzt so auf die Tube gedrückt wird. Es sieht so aus, dass die A49 jetzt wie vorgestellt ausgebaut werden soll, dass – falls der Brückenneubau nicht vor dem Lebensende der jetzigen Bergshäuser Brücke fertiggestellt werden kann – der Verkehr der A44 über die A49 umgeleitet werden soll.

All das spricht dafür, jetzt nochmal einen Vorstoß für mehr aktiven Lärmschutz entlang der Südtangente zu machen. Denn die Anrainer*innen der Autobahn leiden schon heute immens! Aus diesem Grund haben wir als die Abgeordneten der betroffenen Region den Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Oliver Luksic angeschrieben und um ein zeitnahes Gespräch gebeten.

Gesetzliche Krankenversicherung

Für eine stabile, verlässliche und solidarische Finanzierung der GKV

In den Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) fließen die Beiträge von Arbeitgebenden, Sozialversicherungsträgern, Krankenkassenmitgliedern sowie ein Bundeszuschuss, mit denen die Krankenkassen die Leistungen für ihre Versicherten finanzieren. Für das Jahr 2023 wird mit einem Defizit von 17 Milliarden Euro in der GKV gerechnet. Durch den demografischen Wandel und die zu erwartende rückläufige Zahl der Beschäftigten ist auch für die kommenden Jahre mit einem geringeren Anstieg der Einnahmen zu rechnen, während auf der Ausgabenseite mit einer deutlichen Zunahme zu rechnen ist.

Um einen übermäßigen Anstieg der Zusatzbeiträge für Versicherte zu verhindern, brachte die Bundesregierung in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur finanziellen Stabilisierung der GKV ein. Der Entwurf sieht auf der Einnahmenseite für 2023 einen ergänzenden Bundeszuschuss in Höhe von zwei Milliarden Euro sowie ein Darlehen des Bundes von einer Milliarde Euro vor. Hinzu kommen insgesamt vier Milliarden Euro aus den nicht notwendigen Finanzreserven der Krankenkassen und weitere 2,4 Milliarden Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds.

Auf der Ausgabenseite ist ein für 2023 erhöhter Herstellerabschlag um fünf Prozent auf Arzneimittelprodukte vorgesehen. Auch Apotheker*innen und Ärzt*innen müssen ihren Beitrag zur Deckung des Defizits leisten. Trotzdem wird ein Anstieg der Zusatzbeiträge zum 1. Januar 2023 nicht zu vermeiden sein. Derzeit wird im Durchschnitt von einer Erhöhung von 0,3 Prozent ausgegangen.

Samstag, 01.10.2022 – 10:00 bis 12:00 Uhr | Königsplatz (Kassel)

Bürger*innen-Sprechstunde am Infomobil des Deutschen Bundestags

Das Infomobil des Deutschen Bundestags macht Halt in Kassel: Vom 30.09. bis zum 03.10.2022 steht das Mobil auf dem Königsplatz. Am Samstag, den 1. Oktober bin ich von 10 bis 12 Uhr mit vor Ort.

Während seiner Deutschlandtour 2022 besucht das Infomobil des Deutschen Bundestages etwa 50 Städte und Gemeinden. Es informiert über die Arbeit des Parlaments und seiner Mitglieder und gibt Bürger*innen und Bürger haben Gelegenheit, mit ihren Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis in Kontakt zu treten und sich aus erster Hand über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments zu informieren.

Das Infomobil hält eine Vielzahl von gedruckten und digitalen Informationen bereit sowie eine Fotostation, die Fotos der Besucher am „Redepult des Plenarsaales“ ermöglicht.

So hat das Infomobil geöffnet:

Am Freitag (30.09.22) von 11 bis 19 Uhr

Am Samstag & Sonntag (1. & 2.10.22) von 9 bis 19 Uhr

Am Montag (3.10.22) von 9 bis 17 Uhr





KURZ NOTIERT

1 Anpassung der Verordnungsermächtigungen beim Kurzarbeitergeld

Aufgrund des fortdauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der damit einhergehenden unsicheren wirtschaftlichen Lage sorgen wir dafür, dass Arbeitnehmer*innen und Unternehmen auch in den kommenden Monaten Planungssicherheit haben: Am Freitag berieten wir in 1. Lesung einen Gesetzentwurf von uns Koalitionsfraktionen zur Anpassung der Verordnungen zum Kurzarbeitergeld. Damit stellen wir sicher, dass auch nach dem 30. September 2022 Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld kurzfristig getroffen werden können. Zuletzt hatte die Bundesregierung Mitte September beschlossen, den vereinfachten Zugang zum Kurzarbeitergeld um drei Monate bis zum Ende dieses Jahres zu verlängern. Somit stützen wir den Arbeitsmarkt und sichern weiterhin Arbeitsplätze.

2 Das Recht auf Bildung weltweit stärken

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht, das jedem Kind zusteht. Fast 260 Millionen Kinder weltweit haben jedoch laut den Vereinten Nationen keinen Zugang zu schulischer Grundbildung. Klimakrise, Corona-Pandemie und steigende Lebensmittelpreise infolge des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine haben die Situation im Globalen Süden noch verschlimmert – vor allem für bereits in Armut lebende Familien und Menschen in fragilen Kontexten.

Mit einem Antrag machen wir uns für inklusive Bildungssysteme in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stark. Der Fokus liegt hierbei insbesondere auf Mädchen und Frauen: Ihre Perspektiven und Rechte

sollen durch genderspezifische Aufklärungskampagnen, die Förderung von Lehrerinnen sowie durch Gewaltprävention und Schutzstrukturen gestärkt werden. Auch sollen die Bereitstellung von Schulmahlzeiten und eine nachhaltige Elektrifizierung von Bildungseinrichtungen gesichert werden.

3 Unterstützung einer Europäischen Bürgerinitiative ab 16 Jahren

In dieser Woche berieten wir die Änderung des Gesetzes zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI) in 2./3. Lesung. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung setzt die entsprechenden Vorgaben einer EU-Verordnung in nationales Recht um.

Unter anderem wird das Durchführungsverfahren von Europäischen Bürgerinitiativen vereinfacht und eine Kontaktstelle geschaffen. Es gelten außerdem neue Transparenzregeln für die finanzielle Förderung. Eine besondere Neuerung der EBI-Verordnung ist die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, das Mindestalter für die Unterstützung einer Initiative auf 16 Jahre festzusetzen. Somit stärken wir die EBI als Instrument bürgerschaftlicher Teilhabe. Um zu verhindern, dass Personen unter falschen Namen ihre Unterstützung erklären, wird es einen neuen Bußgeldtatbestand geben sowie ein neues elektronisches Identifizierungsverfahren.

4 Wahlalter für Europawahlen wird auf 16 Jahre gesenkt

Das Mindestwahlalter für das aktive Wahlrecht bei Europawahlen von 18 Jahren schließt Menschen vom Wahlrecht aus, die an vielen Stellen in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Gerade die junge Generation ist von aktuellen Fragen betroffen – beispielsweise der Klimaschutz, die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme angesichts des demographischen Wandels, die Prioritätensetzung bei öffentlichen Investitionen und die Regulierung des Internets.

Wir schlagen daher vor, das Mindestwahlalter für das aktive Wahlrecht bei Europawahlen von 18 auf 16 Jahre zu senken. Einen entsprechenden Gesetzentwurf berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



documenta fifteen

Gemeinsam mit meinen Bundestagskolleg*innen Katrin Budde und Helge Lindh aus der Arbeitsgruppe Kultur und Medien unserer Bundestagsfraktion besuchte ich vergangene Woche die documenta fifteen. Dabei hatten wir die Gelegenheit, uns mit Alexander Farenholtz (Interimsgeschäftsführer der documenta & Museum Fridericianum gGmbH), Mitgliedern des Kurationsteams Ruangrupa, der Kasseler Kulturdezernentin Dr. Susanne Völker sowie documenta General Coordinator Andrea Linnenkohl intensiv über die Weltkunstausstellung auszutauschen. Dann begann unser Rundgang: Gestartet sind wir unter dem wohl am nachhaltigsten im Stadtbild Kassels verankerten historischen documenta-Kunstwerk: An der ersten Beuys-Eiche direkt vor dem Fridericianum, dem wohl am nachhaltigsten – nicht nur im Stadtbild verankerten – Kunstwerk Kassels.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Eine Tour durch den Wahlkreis

Mitte September habe ich wieder Mal eine abwechslungsreiche Tour durch meinen Wahlkreis gemacht. Los ging es beim traditionellen Kindersachenflohmarkt der SPD in der Goethe-Anlage im Vorderen Westen, der trotz wechselhaftem Wetter sehr gut besucht war (oben).

Zweite Station war das 70. Jubiläum des Selbstversorgungsheim der Falken im Kaufunger Wald, der Belgerkopf. Mit einem fast so altem Feuerwehrauto aus dem Technikmuseum ging's hinauf (links oben).

Ebenfalls 70 Jahre gibt es die Städtepartnerschaft Kassel-Florenz. Aus diesem Anlass hat die deutsch-italienische Gesellschaft Kassel einen Brunnen für den Florentiner Platz gespendet. Der Porcellino-Brunnen ist eine Replik des florentiner Originals und eine echte Aufwertung des Platzes an der Wolfsschlucht (links, Mitte).

Schlusspunkt des Tages war die Eröffnung und Prämierung der Kannichen-Ausstellung des K38 Harleshausen (links unten).



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie

**Start in einen
neuen Sitzungstag**

Am Dienstag startete der Tag mit dem Koalitionsfrühstück. Die Themen, die uns dabei bewegten: Wirtschaft und Klima.



Besuch in Hamburg

Aydan Özoğuz, meine Fraktionskollegin und vor allem die Vizepräsidentin des Bundestags, hatte mich vergangene Woche in ihren Wahlkreis nach Hamburg eingeladen, um mit Bürger*innen über das Thema „Energiekrise – sicher und bezahlbar durch den Winter“ zu sprechen.



Schüler*innen aus Vellmar in Berlin

Am Montag haben mich zwei Schulklassen der Ahnatal-Schule aus Vellmar in Berlin besucht. Es war eine tolle Gruppe und ein ebenso angeregter wie guter Austausch.



Video-Installation mit Parlamentarier*innen Ich bin in diesem Jahr Teil der sehenswerten Video-Installation „Dem deutschen Volke – Eine parlamentarische Spurensuche. Vom Reichstag zum Bundestag“ am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus am Spreeufer. Zu sehen bis zum 3. Oktober jeden Abend mit Einbruch der Dunkelheit.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Foto © Handwerkskammer Kassel



Energieversorgung und Handwerk

Bei der Veranstaltung der Handwerkskammer Kassel zum Thema Energieversorgung im Handwerk diskutierte ich mit den weiteren Teilnehmenden über die Situation der regionalen Energieversorgung – mit besonderem Augenmerk natürlich auf die aktuellen Herausforderungen für Handwerksbetriebe.



Austausch mit der Bäckerinnung Kassel

Vergangene Woche traf ich mich gemeinsam mit Florian Schneider (MdL) mit dem Obermeister der Bäckerinnung Kassel Bernd Riede. Mit ihm sprachen wir über die Energiepreisexplosionen, die die Bäcker*innen sehr hart treffen.



25 Jahre IG Metall-Mitglied

Seit nunmehr 25 Jahren bin ich Mitglied in der IG Metall. Denn: Gewerkschaften sind ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie! Indem Sie sich für Arbeitnehmer*innen stark machen – z.B. für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie

Sommerfest in Lohfelden

Die Sonne lachte und die Stimmung war gut: Anfang September hatte die SPD Lohfelden zum Sommerfest eingeladen.



**100 Jahre Naturfreunde
Kaufungen**

Gratulation an die Naturfreunde Kaufungen zum 100. Geburtstag. Ihr Einsatz für Frieden, Solidarität und Naturschutz sind aktueller denn je.



Timon Gremmels

 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel  Telefon 0561 700 10 52
 buero@timon-gremmels.de  TimonGremmels
 timon-gremmels.de  @gremmels